

blick nach

rechts

laustz. Publikation über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 12, 13. Juni 2002
 fon | fax: 030. 611 62 49
 mail@apabiz.de | www.apabiz.de

Einblicke

Wroclaw statt Berlin

Von Heiner Lichtenstein

Wie es aussieht, wird in Europa wohl ein „Zentrum gegen Vertreibung“ gebaut. Die Idee stammt vom Bund der Vertriebenen (BdV), ist aber nicht schon deshalb schlecht. Der will das Zentrum in Berlin sehen. Wenn Gutes mit Besserem konkurriert, sollte man solchen Argumenten gegenüber allerdings offen sein. Als der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Meckel Wroclaw (früher Breslau) statt Berlin als Standort vorschlug, stieß er nicht nur beim BdV auf schroffe Ablehnung, sondern zunächst auch in Polen. Doch neuerdings ist ein Wandel erkennbar. Die einflussreiche Warschauer Tageszeitung „Gazeta Wyborza“ und das liberale Wochenmagazin „Polytika“ haben die Empfehlung Meckels aufgegriffen. Auf ihren Titelseiten appellieren sie in einem offenen Brief an den polnischen Regierungschef Leszek Miller und Bundeskanzler Gerhard Schröder, sich für Wroclaw zu entscheiden.

Die Gründe überzeugen: Vertreibung ist barbarisch. Das haben nach der Befreiung Europas von den Nazis gleichermaßen Millionen Polen, Deutsche, Ukrainer und Litauer erlebt und erlitten. Ein Mahnmal in Berlin stünde ausschließlich unter deutscher Leitung. Die Vertreibungen nach 1945 waren aber ein europäisches Verbrechen, das auch so dokumentiert werden sollte. Damit könnte aus dem gemeinsamen Schicksal aller Vertriebenen etwas Verbindendes für die Zukunft entstehen. Auch unter diesem Gesichtspunkt wächst nicht nur in der Region Niederschlesien die Zustimmung zu einem internationalen Zentrum gegen Vertreibung und Barbarei. Das gilt für lokale Parteipolitiker ebenso wie für politische Repräsentanten westpolnischer Städte. Polemiken wie die des Rechtsradikalen Antoni Stryewski von der Liga der polnischen Familien, der BdV gefährde den Frieden, gehören in die Mottenkiste des „Kalten Krieges“. Der „Eiserne Vorhang“ muss auch aus den Köpfen verschwinden. Der Deutsche Bundestag sollte Meckels jetzt auch in Polen befürwortete Empfehlung sorgfältig prüfen.

Feste Strukturen

Die braune Rechtsrock-Szene hat sich im Südwesten Deutschlands flächendeckend verankert.

Seite 2 ■

Die Jungs von nebenan

In ländlichen Regionen können sich rechtsextreme Skinheads meist relativ ungehindert austoben.

Seite 4 ■

Zur Nachfolge bereit

Das Deutsche Kulturwerk kann im Falle eines NPd-Verbots als Auffangbecken dienen.

Seite 5 ■

Kurswechsel

Ungeachtet eines steigenden Potenzials an militanten Rechten gibt der Hamburger Innensenator Roland Schill Entwarnung.

Seite 7 ■

Weitere NS-Prozesse

Ständig tauchen neue Archivmaterialien über die Verbrechen der Nazi-Zeit auf.

Seite 9 ■

Meldungen

Seite 15 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
 Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Musikalisches Ländle****Die braune Rechtsrock-Szene hat den Südwesten Deutschlands fest im Griff.**

In dem Lokal im bürgerlichen Mannheimer Stadtteil Feudenheim läuft jeden Freitag eine Schar von Glatzen ein. Zum frisch gezapften Bier gibt es deftige Musik: „Blut muss fließen!“ grölt der schwächliche Skinhead ins Mikrofon. Über zehn Jahre liegen diese Auftritte von „Tonstörung“ bereits zurück, doch die Gruppe genießt noch heute Kultstatus. Selbst Deutschlands prominenteste Skinheadband „Landser“ bekannte in einem Interview, sie fühlten sich von der Mannheimer Skincombo „inspiriert“. Erstaunlich, denn „Tonstörung“ kam eigentlich nie über das musikalische Anfängerstadium hinaus. Und der Song „Blut“, ein altes SA-Lied rockig nachgespielt, ist heute so etwas wie das „Hänschen klein“ der Skinheads. Nach drei Tagen in der Szene kann es jeder mitgrölen.

Die Tage von „Tonstörung“ sind längst vorbei. Der ehemalige Sänger Thomas Muncke wird heute in der Drogenszene vermutet, der Gitarrist Peter Schmucker studiert Betriebswirtschaft und Schlagzeuger Michael Eichler hat es sogar zu einem eigenen Elektrogeschäft im benachbarten Schriesheim gebracht. Doch regelmäßig tauchen im Rhein-Neckar-Raum neue Bands auf, die das Erbe der Tonstörer antreten wollen. 1998 war es die Gruppe „Bosheit“. Die Truppe aus Nazi-Skinheads und Hooligans hatte mit dem Ludwigshafener „Blood&Honour“-Aktivisten Achim Pfeifer zwar einen einflussreichen Manager, doch schon nach ein paar Auftritten beendete der Staatsanwalt den rechten Sing-Sang. Die Band hatte den Tonstörungsklassiker „Blut“ gecovered und wurde zu Bewährungsstrafen verurteilt. Seit Februar dieses Jahres sieht sich nun die neue Mannheimer Gruppe „Siegnum“ als Nachfolgerin von Muncke und Co. Die Freizeitmusiker um den rechten Schläger Daniel Geißler haben zwar kaum eigene Lieder, doch dafür immerhin schon eine mächtige Internetseite.

„Siegnum“ ist nur eine von vielen Bands im Südwesten, die plötzlich aus dem nichts auftauchen. „In den letzten Jahren boomt die Musikszene“, sagt eine Sprecherin des Verfassungsschutz in Stuttgart. 1998 waren es gerade sechs rechte Musikgruppen, 2001 zählte man schon zwölf aktive Skinhead-

bands. Die tatsächliche Zahl dürfte deutlich höher sein, denn nur wer CDs veröffentlicht oder bei Konzerten spielt wird als „aktiv“ gezählt.

Grob lässt sich die musikalische Szene im Südwesten in vier Kategorien unterscheiden: Da sind die Urgesteine, wie „Noie Werte“ oder die „Blood&Honour“-Band „Ultima Ratio“, beide Gruppen sind seit Jahren in der Szene etabliert. Allerdings herrscht innerhalb der Bands ein ständiges Kommen und Gehen. Bei „Noie Werte“ haben seit der Gründung 1987 mindestens zehn Personen mitgemischt, darunter Michael Wendland, der bis zum September vergangenen Jahres Vorsitzender der NPD in Baden-Württemberg war. Er zupfte Mitte der 90er Jahre die Gitarre. Von der ursprünglichen Besetzung ist gar niemand mehr dabei. Der Kopf der Gruppe, Sänger Steffen Hammer, ist seit 1988 bei „Noie Werte“. Richtig peinlich wurde es Ende 1998: Schlagzeuger Kay wurde gefeuert, weil er eine Freundin mit „nicht aus unserem Kulturkreis stammenden Vorfahren“ (Steffen Hammer) hatte. „Noie Werte“ stand vor der Auflösung und musste sogar über Anzeigen in Fanzines einen „charakterlich gefestigten“ Drummer suchen. Um „Ultima Ratio“, deren Musiker engste Beziehungen zur im September 2000 von Bundesinnenminister Otto Schily in Deutschland verbotenen Skinhead-Organisation „Blood&Honour“ hatten und die zumindest teilweise auch Mitglieder waren, ist es in den letzten Monaten ruhig geworden.

■ Das „Hänschen-Klein“ der Skinheads ■

Dann gibt es die Kategorie der Senkrechtstarter, zu der Bands wie „Propaganda“ aus Horb zählen. Die Combo ist aus dem Umfeld der Szene-Kneipe „Comico“ entstanden. Dort hatte „Propaganda“ an Silvester 1998 auch den ersten Auftritt. Die Gruppe aus der Kleinstadt am Neckar gehört zu den wenigen Bands, die gleich mit fünf Mann auf der Bühne stehen. „Propaganda“ hat drei Gitarristen, aber auch eine hohe Fluktuation. Von der ursprünglichen Besetzung sind nach vier Jahren nur noch zwei Mitglieder übrig geblieben. Wie die Urgesteine haben auch die Liedtexte der Senkrechtstarter meist mehr Inhalt als saufen, raufen und Skinhead-Stolz. Die Musiker machen sich durchaus ihre Gedanken über die Entwicklungen innerhalb der Szene. So nörgelte ein Mitglied von „Propaganda“ im Interview mit dem Fanzine „Unsere Welt“ (Nr. 7): „Heute ist es so, da kommen zu einem die größten Idioten und

erzählen Dir, wie toll sie sind, und wem sie schon ein paar auf die Fresse gehauen haben. Mir kommt es manchmal so vor: Da wird einer Skinhead, sieht die ganze Scheiße über uns im Fernsehen, meint, wir sind wirklich solche Monster und findet das cool“. Zu den Senkrechstartern gehört auch „Blutrausch“ aus Südbaden. Der Proberaum der Band im Lokal „Reißverschluß“ in Wehr entwickelte sich schnell zu einem festen Treffpunkt der Szene aus Süddeutschland und der Schweiz. Neben kleineren Partys wurden im vergangenen Jahr in Wehr auch zwei Konzerte mit jeweils mehreren hundert Besuchern abgehalten. Inzwischen ist das Lokal geschlossen. „Blutrausch“ gehört zu den wenigen Gruppen, die ihrem Publikum zumindest Ansätze einer Bühnenshow bietet: Bei manchen Konzerten kündigt ein Feuerspucker im dunklen Saal den ersten Song der Band an. Musikalisch gehört „Blutrausch“ allerdings zur härtesten Fraktion. Beide Gruppen wurden vor allem durch ihre zahlreichen Konzerte zu Senkrechstarten. Viele Auftritte und ein gewisses musikalisches Niveau garantieren schnell einen hohen Bekanntheitsgrad. Gute Kontakte zu Veranstaltern erleichtern da die Karriere.

■ Hymnen auf die örtliche Brauerei und den Fußballverein ■

Als drittes sind da die Newcomer, wie „Keltensturm“ aus Tuttlingen, „White Voice“ aus Villingen-Schwenningen, oder eben „Siegnum“ aus Mannheim. Bands, von denen keiner weiß, ob sie sich nicht schon morgen im Streit trennen. „Die neuen Musikgruppen schreien sich meistens einen ab“, umschreibt man beim Verfassungsschutz die mangelnde Klasse der Anfänger. Frauen sind in allen vier Kategorien fast gar nicht anzutreffen. Nur bei einer Sampler-Veröffentlichung von „White Voice“ ist eine weibliche Stimme zu hören.

Die vierte und letzte Kategorie ist der Bereich der Traumtänzer. Dazu zählt beispielsweise „Carpe Diem“ aus Esslingen, die mit ihrem Label „Identität durch Musik“ (IDM) große Pläne hatten und „festgefahrene Denkschablonen in Frage stellen“ wollten, bis man im Sommer 2001 sang- und klanglos auseinander ging. Das Label IDM besteht allerdings weiter. „Das klingt alles hochtrabend, aber viel ist da nicht los!“, meint auch der Verfassungsschutz eher gelangweilt. Zu den Traumtänzern gehören ferner Einzelmusiker, wie der Mannheimer Skinhead Manuel Jakob. Er hilft mal bei der Combo „Jungsturm“ aus dem Saarland am Schlagzeug

aus, dann singt er wieder mit seiner eigenen Gruppe Hymnen auf die Arbeiterstadt, die örtliche Brauerei und den Fußball-Verein. Und nie ist man um ein neues „Projekt“ verlegen. Zu Auftritten vor Publikum kommt es dagegen nur selten. Zur vierten Kategorie zählte auch Achim Schmid aus Schwäbisch Hall an. Erst spielte er bei „Höllenhunde“, dann gründete er „Celtic Moon“ und zwischendurch trat er unter dem Namen „Wolfsrudel“ als Solist bei Balladenabenden auf. „Was ist eigentlich aus Achim S. geworden?“, fragte kürzlich ein Rechter im Internet. Nur die Kenner hatten bemerkt, dass sich der Schwabe längst aus der Skinhead-Szene verabschiedet hatte.

Während die Zahl der Skinhead-Bands in Baden-Württemberg seit Jahren ansteigt, dümpelt die Zahl der Konzerte auf relativ niedrigem Niveau vor sich hin. Größere Veranstaltungen mit mehr als 500 Besuchern gab es im vergangenen Jahr nur in Rotenburg-Oberndorf bei Tübingen. Das hat drei Gründe: Zum einen gibt es nicht mal eine Hand voll Aktivisten, die eine größere Veranstaltung auf die Beine stellen könnten. Zum anderen sind Szenetreffpunkte mit Bühne, wie das „Comico“ in Horb oder das Lokal „Reißverschluß“ in Wehr, rar geworden. Der wichtigste Grund aber: Die Szene weicht einfach nach ins Elsass oder in die Schweiz aus. Dort kann man noch relativ unbehelligt aufspielen. „Propaganda“ oder „Blutrausch“ dürften inzwischen mehr Konzerte im benachbarten Ausland absolviert haben, als auf deutschem Boden.

Staatsschützer beobachten die boomende Rechtsrock-Szene im Südwesten mit Sorge. Denn Musikgruppen entstehen in einzelnen Regionen erst, wenn sich die Szene fest etabliert hat. Und in Baden-Württemberg sind die Bands über das ganze Land verteilt. Es gibt fast keine weiße Flecken mehr. Egal wo man wohnt, der nächste Proberaum ist höchstens 50 bis 100 Kilometer entfernt. Zudem bildet sich um eine Band fast immer auch eine Supporter-Szene. Und durch Auftritte bei Konzerten bekommt man schnell Kontakte zu den führenden Aktivisten im ganzen Land. Schwache Strukturen werden so fester, feste Strukturen noch stärker.

Nicht erst seit dem blutigen Gegröle von „Tonstörung“ ist der Neonazi-Sound aus dem Süden in ganz Deutschland berüchtigt: Denn auch die Wurzeln der deutschen Skinhead-Musik liegen im Südwesten: Die erste Rechtsrock-Band in Deutschland war Ende der 70er Jahre die Schwaben-Combo „Ragnaröck“.

Benny Bender

Hintergrund**„Ein bisschen rechts“****Das Landeskriminalamt in Stuttgart hat Gewalttäter unter die Lupe genommen.**

Die Headline war griffig: „Typische rechte Gewalttäter kommen vom Lande und sind betrunken“ schlagzeilte Deutschlands größte Nachrichtagentur „dpa“. Doch damit lassen sich die Aussagen einer Untersuchung des Baden-Württembergischen Landeskriminalamtes kaum erschöpfend auf den Punkt bringen. Drei Jahre lang mussten alle Polizeibeamten, die mit einer „politisch motivierten Gewalttat“ befasst waren, einen Zusatzbogen über den mutmaßlichen Täter ausfüllen. Insgesamt wurden 721 Täter und 517 Gewaltdelikte unter die Lupe genommen. Mehr als die Hälfte davon betraf den Bereich Rechtsextremismus. Das Ergebnis wurde nun auf 38 Seiten veröffentlicht.

Allerdings bringt die Auswertung so manches Klischee ins Wanken: Den arbeitslosen Glatzkopf, der tagsüber im Plattenbau am Rande der Großstadt „Landser“ hört und nachts sturzbetrunken auf Ausländerjagd geht, gibt es im Ländle nicht. Arbeitslos sind nicht mal 7 Prozent von über 230 rechten Gewalttätern. Fast 40 Prozent sind Schüler, Azubis oder Bundeswehrsoldaten. Das Durchschnittsalter der Täter liegt bei etwas mehr als 21 Jahren. Über 60 Prozent wohnen noch bei den Eltern. Der größte Teil (91,5 Prozent) gehört weder einer Partei noch einer anderen rechten Organisation an.

Wenn Skinheads bei Volksfesten randalieren, Jugendzentren oder Asylbewerberheime stürmen, erzählen die Lokalpolitiker gerne: „Wir haben hier keine rechte Szene, die kommen alle von auswärts!“ Zumindest der zweite Teil der Aussage wird nun statistisch von der LKA-Studie untermauert. Denn die meisten Straftaten (53,3 Prozent) werden 10 bis 20 Kilometer vom Wohnort der Täter entfernt verübt. Das Landeskriminalamt glaubt, dass für die jungen Rechten Mobilität besonders wichtig ist. Maßnahmen wie Führerscheinentzug oder die Beschlagnahme von Fahrzeugen könnten rechte Straftäter hemmen, so der gewagte Schluss.

Mehr als die Hälfte der rechten Gewalttäter in Baden-Württemberg lebt in einer Kleinstadt mit weniger als 20 000 Einwohnern und nur ein Fünftel kommt aus der Großstadt. Das ist nicht weiter er-

staunlich, denn in den vergangenen Jahren hat sich vor allem die Skinhead-Szene nahezu flächendeckend ausgebreitet. Und im ländlichen Bereich ist der Verfolgungsdruck der Polizei lange nicht so hoch. Hier kennt jeder jeden und wen man kennt, der wird auch geduldet: „Die ist/sind halt ein bisschen rechts, aber sonst echt liebe Kerle“ oder „Ich kannte die schon, als sie noch kleine Buben waren. Die sind friedlich“, sind die gängigen Verharmlosungen. Ein Blick auf die Straftaten im vergangenen Jahr verdeutlicht die Gefahr vom Lande: In Hemmingen (7677 Einwohner) schlugen zwei 19-jährige Skinheads einen Mann aus Zaire mit Holzknüppeln und Schlagring zusammen, in Empfingen (4036 Einwohner) flogen Brandsätze gegen das Haus einer türkischen Familie.

Überwiegend kommt es am Wochenende vor, während oder nach Veranstaltungen zu Übergriffen. Und nur selten schlägt der Rechte alleine los, über 80 Prozent der Straftaten werden mit anderen oder von einzelnen aus der Gruppe heraus verübt. Drei Viertel der Täter stehen bei ihrem Angriff unter Alkoholeinfluss.

Eine andere Zahl lässt die Ermittler aufschrecken: Fast zwei Drittel aller rechtsextremen Gewalttäter waren den Staatsschützern vor der Tat völlig unbekannt. Bei der Untersuchung wurde nicht nur auf frühere Ermittlungsverfahren und Verurteilungen zurückgegriffen, sondern auch auf die APIS-Datei. Darin werden Informationen über Personen gespeichert, ohne dass eine Straftat vorliegt. So wandern beispielsweise die Namen der überprüften Personen bei Kontrollen vor einem Skinhead-Konzert oder einer Demonstration in die Datei. Doch nach mehr als 62 Prozent der rechten Gewalttäter suchten die Staatsschützer vergebens. Da die rechte Karriere nur selten mit der Straftat beginnt, sondern sich eher schleichend über Szenekneipen, Konzertbesuche oder einfach nur über Kontakte zu anderen Neonazis entwickelt, lässt das Ergebnis nur einen Schluss zu: Die Kriminalbeamten vor Ort kennen ihre Stammkundschaft nicht. „Das ist alarmierend!“, sagt ein Staatsschützer erstaunt. Das Landeskriminalamt fordert eine bessere Kommunikation mit den Dienststellen. Nun hofft man auf die neue „Arbeitsdatei Politisch motivierte Kriminalität“. Doch die kann nur auswerfen, was vorher eingegeben wurde. Bei den derzeitigen Erkenntnissen kann das nicht viel sein. *Benny Bender*

Die Studie „Der politisch motivierte Gewalttäter in Baden-Württemberg“ kann bestellt werden: Landeskriminalamt, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, 70372 Stuttgart. Download über www.polizei-bw.de

Aktivitäten

Scharnierfunktion

Das Deutsche Kulturwerk steht als eine von vielen Nachfolgeorganisationen der NPD im Falle eines Verbots bereit.

Erst vor wenigen Monaten wurde der nordrhein-westfälische NPD- und JN-Funktionär Thorsten Crämer aus der Haft entlassen. Im vergangenen Monat war er bereits wieder an der Durchführung einer Veranstaltung des neonazistischen Deutschen Kulturwerks (DKW) beteiligt.

Crämer war zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt worden, nachdem er am 9. Juli 2000 einen neonazistischen Angriff auf Teilnehmer einer KZ-Gedenkstättenveranstaltung in Wuppertal geleitet hatte. Seine Posten als Landesvorstandsmitglied der NPD, als Landesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten und als stellvertretender JN-Bundesvorsitzender musste er zwischenzeitlich abgeben, nicht aber sein Mandat als Mitglied des Schwelmer Stadtrats, das er noch bis zu den nächsten Kommunalwahlen im Jahr 2004 bekleiden wird. Im Gegensatz zu dem damals ebenfalls tatbeteiligten JN-Funktionär Nico Wedding aus Duisburg, der nach seiner Haftentlassung vom letzten NPD-Landesparteitag in den Bundeshauptausschuss der NPD gewählt wurde, schien für Crämer die Parteikarriere in der NPD beendet zu sein.

Nun aber betätigt er sich wieder im Geflecht der NPD-Vorfeldorganisationen. Bei der DKW-Veranstaltung am 4. Mai empfing er die Gäste und kümmerte sich augenscheinlich um den Ordnerdienst. Als einer der Referenten zum Thema „NPD-Verbotsverfahren“ war Crämers Strafverteidiger Hans-Günter Eisenecker, Landesvorsitzender der NPD Mecklenburg-Vorpommern und bis vor kurzem NPD-Bundesvize, angekündigt worden. Zweiter Redner sollte der Rechtsanwalt und notorische Antisemit Horst Mahler sein.

Das Deutsche Kulturwerk tritt seit 1997 durch regelmäßige Veranstaltungen mit bis zu 250 Teilnehmern in NRW in Erscheinung, zumeist im Märkischen Kreis, im Ennepe-Ruhr-Kreis und in Hagen. Anlässlich des Jahrestages der Reichsgründung organisiert das DKW zudem seit Januar 2001 alljährlich Demonstrationen zu einem Bismarck-Denkmal in Lüdenscheid. Die Gruppierung versteht

sich als „parteienunabhängiger Zusammenschluss von volkstreuen und kulturell interessierten Deutschen“. Fortsetzen will man als „jüngere Generation“ die „Vortrags- und Kulturarbeit der Pflegestätte Hagen des ehemaligen Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG)“. Beim DKW handelt es sich um eine NPD-Vorfeldorganisation, die in der Region die Schwertübergabe von der aussterbenden Generation der Altnazis an junge Aktivisten vollziehen möchte. Das DKW arbeitet fraktionsübergreifend und hat damit eine Scharnierfunktion in der Szene. Sollte die NPD verboten werden, steht das DKW als eine von vielen Nachfolgeorganisationen bereit.

Hochkarätige Referenten der gesamten extremen Rechten geben sich bei DKW-Veranstaltungen die Klinke in die Hand, wie zum Beispiel der NPD-Vorsitzende Udo Voigt, der Chef der „Freien Kameradschaften“ Christian Worch, Manfred Roeder und viele mehr. Gründer des DKW waren aus den Reihen der älteren Generation Hagen Prehl aus Schalksmühle sowie aus den Reihen der Jüngeren Thorsten Crämer und seine rechte Hand Axel Hellmann, Mitglied des NPD-Landesvorstands. Einer der Hauptorganisatoren der DKW-Aktivitäten ist Timo Pradel aus Iserlohn, der eigenen Angaben zufolge jetzt in der Nachfolge Udo Holtmanns als neuer NPD-Landesvorsitzender in NRW fungiert.

An der Veranstaltung in Solingen, die nach zwei Stunden wegen öffentlicher Proteste beendet werden musste, nahmen rund 120 Personen teil, die der NPD, den „Freien Kameradschaften“ und anderen rechtsextremen Organisationen, wie dem vor Ort durch Helmut Fleck vertretenen „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland“ zuzuordnen waren.

Nach Angaben der den „Freien Kameradschaften“ zugehörigen Gruppierung „Nationalisten im Düsseldorf Süden“ ist Mahler allerdings verhindert gewesen, so dass man sich mit einem „relativ langatmigen“ Vortrag von Eisenecker zufrieden geben musste. „Alles in allem ein gelungener und informativer Abend, trotz dem an einigen Stellen störenden Gerede von Demokratie und aufdringlicher Eigenwerbung der Partei“, fassen die Düsseldorfer Nationalisten die Veranstaltung dennoch wohlwollend auf ihrer Homepage zusammen. Offenbar sind einige „Freie“ zurzeit wieder auf NPD-Annäherungskurs und hatten deshalb auch auf den Einsatz der auf NPD-Demonstrationen oft skandierten Parole „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“ verzichtet.

Pierre Brieger/Tomas Sager

Verfassungsschutz**Aktive Neonazis**

Das rechte Personenpotenzial in Berlin ist leicht gesunken – in Brandenburg dominieren die militanten Rechten.

„Gefahr droht unserer Demokratie auch weiterhin von Rechtsextremisten“, betonte der Berliner Innensenator Ehrhard Körting bei der Vorstellung des aktuellen Landesverfassungsschutzberichtes. An rechtsextrem motivierten Straftaten wurden 555 Vorfälle (2000: 333) gezählt. Die antisemitischen Straftaten haben sich mit 106 (55) Delikten nahezu verdoppelt, die fremdenfeindlichen Straftaten sind auf 84 (70) angestiegen.

Das rechtsextreme Personenpotenzial ist im Vergleich zum Vorjahr geringfügig gesunken auf insgesamt 2640 (minus 40). Die Zahl der militanten Rechten stagniert momentan mit 270 Personen, auf 370 (minus 180) Anhänger verringert hat sich allerdings durch mehrfache Datenbereinigung die Größe der Skinhead-Szene. Dies wird schlichtweg damit begründet, dass im Berliner Raum keine Skinheadkonzerte stattfanden, wobei die entsprechenden Besucher gezählt werden können. Innensenator Körting verwies darauf, dass in Berlin trotzdem eine aktive Skinhead-Musikszene existiere. Die Berliner Bands „Spreegeschwader“, „Legion of Thor“, „Landser“ und „DST“ zählen zu den bedeutendsten überregionalen Gruppen der Szene, berüchtigt sind sie wegen ihrer Militanz. Die CDs der Kultstatus genießende Band „Landser“ – auch „Reichsmusikkapelle“ genannt – wurden allesamt indiziert; die vier Mitglieder im vergangenen September verhaftet. Bei „DST“ (Deutsch, Stolz Treue“) stellten die Behörden erst kürzlich große Teile der neu erschienenen CD „Ave et victoria“ sicher. Nach Angaben des Verfassungsschutzes fallen die Veröffentlichungen von DST „durch besonders abstoßende, verfassungsfeindliche Texte auf“. Die Gruppe „White Aryan Rebels“ rief in ihrer CD „Noten des Hasses“ zum Mord an prominenten Personen auf.

Das neonazistische Spektrum hat sich mit 435 (2000: 440) Aktivisten leicht verringert, 300 davon sind dem Spektrum der nicht organisierten Neonazis zuzurechnen. Ende des Berichtszeitraums wurden sieben Kameradschaften mit einem Personenpotenzial von rund 60 (Vorjahr: 75) gezählt.

Die NPD führte in Berlin sechs Demonstrationen durch, die „für erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit sorgten“ und an denen „neonazistische Kameradschaften sowie Personen aus dem Spektrum der unorganisierten Neonazis“ teilnahmen, wird festgehalten. Als ehemalige „Reichshauptstadt“ habe Berlin für das rechtsextreme Spektrum einen ganz besonderen Bezug, so würden in der Absicht gezielter Provokation für Aufmärsche bevorzugt symbolträchtige Orte wie das Brandenburger Tor oder das ehemalige jüdische Viertel gewählt, heißt es in dem Bericht. Mitgliedermäßig sind die Berliner NPD auf 250 (plus 10), die Jungen Nationaldemokraten auf nunmehr 35 Anhänger (plus 5) angestiegen.

Bei den rechtsextremen Parteien DVU und Republikaner herrscht mit je 600 Mitgliedern Gleichklang, die DVU ging dabei 30 Mitstreiter verlustig, die REP konnten ihren Vorjahresstand halten.

Um die Kräfte zu bündeln, würden die DVU-Landesverbände Berlin und Brandenburg neuerdings die Mitgliedervollversammlungen gemeinsam durchführen, stellt der brandenburgische Landesverfassungsschutz fest. Die DVU ist zwar im Potsdamer Landtag seit 1999 vertreten, ein Parteileben finde aber fast gar nicht mehr statt, heißt es im aktuellen Bericht. Der Mitgliederstand ist auf 270 gesunken (300 im vergangenen und 400 im Wahljahr 1999). Kräftig Federn lassen mussten die REP, die auf 100 Anhänger (minus 50) geschrumpft sind. Auch NPD und JN büßten mit aktuell 205 (225) beziehungsweise 30 (35) Mitstreitern Verluste ein. Mehr als die Hälfte des mit 1370 Personen bezifferten rechtsextremen Personenpotenzials (2000: 1450) in Brandenburg ist den Militanten (600) und den Neonazis (190) zuzurechnen, deren Größenordnung unverändert bleibt. Die neonazistische Kameradschaftsszene zählt 150 Anhänger, als „Schlüsselfigur“ bezeichnen die Experten den NPD-Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt. Der Name Schwerdt steht auch als Verantwortlicher unter einer „Anti-Antifa-Broschüre“. Für die Behörden stellen die Anti-Antifa-Aktivitäten ein „unkalkulierbares Sicherheitsrisiko“ dar, wobei sich „Ansätze zum Rechtsterrorismus“ abzeichnen würden, wird gewarnt.

Bundesweit hält Brandenburg bei den rechtsextremen Gewalttaten in der Statistik die Spitze. Für den Berichtszeitraum werden 87 von Rechtsextremen verübte zum Teil brutale Gewaltdelikte genannt. Die 356 rechtsextremen Straftaten waren zum überwiegenden Teil fremdenfeindlich (162) beziehungsweise antisemitisch (110) motiviert. G.N.

Verfassungsschutz

Falsches Signal

Der Hamburger Innensenator Ronald Schill gibt ungeachtet steigender Zahlen bei den militanten Rechten Entwarnung.

Der 11. September hat in der Hamburger Innenbehörde zum Umdenken geführt: Nicht mehr der Rechtsextremismus steht an erster Stelle der Beobachtung durch den Verfassungsschutz, sondern „sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern“. „Von militanten und terroristischen Organisationen gehen gegenwärtig die allergrößten Gefahren für den Weltfrieden und die innere Sicherheit aus“, begründete Innensenator Ronald Schill von der Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO) das Umdenken. Die rechtsextreme und Neonazi-Szene habe ohnehin „zahlenmäßig und politisch an Bedeutung verloren“, sagte Schill weiter. Dabei unterschlug er allerdings, dass die Zahl gewaltbereiter Rechter in der Hansestadt deutlich gestiegen ist.

Das Kapitel „Rechtsextremismus“ in Zahlen: Das rechtsextreme Potenzial hat sich in Hamburg von 910 (im Jahr 2000) auf 820 reduziert. Verluste hatten vor allem die Parteien zu beklagen. Während die Republikaner bei 60 Mitgliedern stagnieren, zählen DVU nur noch 280 (2000: 350) und NPD 85 (2000:100) Mitstreiter. Schwund auch bei den „Sonstigen“, die 50 Aktivisten verloren und nun auf 200 kommen. Auch die Neonazis sind weniger geworden – statt 90 gibt es nur noch 75 zwischen Elbe und Alster. Bedenklich: Zuwächse vermeldeten die Horchposten des Verfassungsschutzes ausgerechnet bei der gewaltbereiten rechtsextremistischen Klientel, die von 120 auf 180 anwuchs und für 32 Gewalttaten (2000: 55) bei insgesamt 211 rechtsextremistischen Straftaten verantwortlich zeichnete.

Der starke Anwachsen des Gewalttäterpotenzials konterkariert die Einschätzung des umstrittenen Hamburger Innensensors, der in Sachen Rechtsextremismus Entwarnung gab und in diesem Zusammenhang das „Debakel“ und die „schwere Schlappe“ der Parteien DVU, NPD und Republikaner bei der Bürgerschaftswahl im Herbst 2001 als Beleg für seine Behauptung anführte. Die DVU war von fast fünf Prozent (1997) auf 0,7 Prozent zurückgefallen, die Republikaner von 1,8 Prozent

auf 0,1 Prozent. Die NPD (1997: 0,1 Prozent) kandidierte nur auf kommunaler Ebene und verbuchte in den Bezirken zwischen 0,0 und 0,1 Prozentpunkten. „In der Folge dieses Wahldebakels verschärfte sich die ohnehin desolate Situation der rechtsextremistischen Parteien in Hamburg!“ kommentierte Schill das Ergebnis.

Die Neonazi-Szene hat im Norden insgesamt an Einfluss verloren, meint der Verfassungsschutz. Der von der NPD, der Neonazi-Szene und Teilen der Skinhead-Szene getragene öffentliche Aktivismus mit zahlreichen kleineren und mehreren Großdemonstrationen, setzte sich bundesweit im letzten Jahr zwar unvermindert fort – Hamburg blieb bis auf zwei kleinere Demonstrationen am Anfang des Jahres von größeren rechtsextremistischen Aufmärschen verschont.

In der zweiten Jahreshälfte traten Neonazis kaum noch öffentlich in Erscheinung. Christian Worch habe sich zunehmend zu einem „rastlosen Einzelkämpfer ohne den Rückhalt einer festen Anhängerschaft“ entwickelt und sein Gesinnungsfreund Thomas Wulff nehme „in immer geringerem Maße Führungsaufgaben“ wahr. Der Kameradenkreis um Wulff sei kontinuierlich geschrumpft, von einst 30 bis 40 Personen auf nunmehr zehn. Die neonazistische Szene in der Hansestadt werde daher zunehmend von Skinheads dominiert, heißt es im Bericht. Die größte Sorge bereitet dem Verfassungsschutz die Entwicklung in den nordwestlichen Stadtteilen Hamburgs und dem angrenzenden Kreis Pinneberg (Schleswig-Holstein). Dort habe sich um den wegen Körperverletzung zeitweilig eine Haftstrafe verbüßenden Klemens Otto und seine Pinneberger Kameradschaft eine sehr „virulente rechtsextremistische Skinhead-Szene“ herausgebildet. 30 Personen gehören zum Umfeld, das die Zahl 28 (2=B, 8=H) als Erkennungszeichen verwendet. Die Anfangsbuchstaben stehen für die verbotene Skinhead-Organisation Blood&Honour.

In der eng miteinander verwobenen Hamburger und Holsteiner Szene sind zurzeit 280 (2000: 240) gewaltbereite Rechtsextremisten aktiv. Die meisten sind zwischen 18 und 22 Jahre alt. Interessant ist die unterschiedliche politische Bewertung dieses Bundesländer übergreifenden Brennpunktes. Während die Hamburger Innenbehörde Entwarnung signalisiert, ist nach der „ganz festen Überzeugung“ des schleswig-holsteinischen Innenministers Klaus Buß (SPD) die rechtsextremistische Szene weiter die gefährlichste. *Volker Stahl*

Grauzone**„Bildungsarbeit“**

Die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft will der „Bedrohung der Volkssubstanz“ entgegenwirken.

Der Eintritt ist frei. Doch die Diskussionsforen der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e.V. (SWG) sind „geschlossene Veranstaltungen“. Nur wer sich mit einer Einladung ausweist, erklärt Manfred Backerra als Regionalleiter der SWG Hamburg, erhält auch Einlass. Seit September 2001 führt die Gesellschaft ihre Veranstaltungen unter dem Motto „Deutschland – ein Staat in Auflösung“, „Die Zuwanderung und ihre ökonomischen Folgen“ oder „Die Ehre Preußens“ in den Räumen der Burschenschaft Germania Königsberg zu Hamburg durch.

Erfreut hatte Backerra im Rundschreiben mitgeteilt: „Wir haben ein neues Haus gefunden, das uns kostengünstig ein Zuhause und auch ein wenig Bewirtung“ bietet. Unerwähnt ließ der Oberst a.D. und ehemalige Chefdozent des Militärischen Nachrichtenwesens an der Führungsakademie der Bundeswehr, dass die lange Suche notwendig wurde, weil sie unter anderem nicht mehr im Haus der Patriotischen Gesellschaft (PG) willkommen sind. Denn im Dezember 1999 ging die PG auf Distanz zu der SWG, nachdem das Landesamt für Verfassungsschutz (VS) einräumte, dass „personelle Überschneidungen (der SWG) zu rechtsextremistischen Organisationen bekannt“ seien. Damals hatten Hamburger Medien eine Stellungnahme eingefordert, weil die SWG Ronald Schill als Gastredner zu dem Thema „die Qualität und die Probleme unseres Rechtsstaates“ eingeladen hatten. Aber nicht nur die PG wendete sich ab, auch Schill. Er zog es kurzfristig vor, nicht zu erscheinen. Zwei Monate zuvor hinderten die „personellen Überschneidungen“, die der interessierten Öffentlichkeit seit Jahren bekannt sind, Brigadegeneral Helmut Harff nicht, vor der SWG-Hamburg über die „militärische Friedenssicherung“ im Kosovo zu berichten.

Die als gemeinnütziger Verein eingetragene SWG kann auf 40 Jahre „konservative Bildungsarbeit“ im „vopolitischen Raum“ zurückblicken. Als Referenten ihrer Veranstaltungen, so verkünden sie selbst, hätten sie „stets hochrangige Repräsentanten des Öffentlichen Lebens, Persönlichkeiten aus

Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Militärwesen gewinnen können“. Elegant umschreiben sie, das sie immer wieder „alte“ wie „neue Rechte“ als Gastredner einladen, wie Alexander Evertz und Klaus Motschmann oder Alfred Mechtersheimer und Armin Mohler. Sie alle eint der alte Grundsatz der SWG: „Einen Beitrag zur Festigung eines gesunden Gemeinwesens (zu) leisten, um zu verhindern, dass Deutschland zum Experimentierfeld von Kräften wird, die die Substanz unseres Volkes ... bedrohen“. Auf ihrer Website beschreiben sie ihre „Bildungsarbeit“ etwas zeitgemäßer: „Wir informieren ... über brisante politische, soziale und wirtschaftliche Themen, die allen Bürgern auf den Nägeln brennen“.

Am 9. April 1962 gründete der ehemalige Chefredakteur des „Deutschen Wortes“ Hugo Wellems zusammen mit dem damaligen CDU-Abgeordneten Arthur Mißbach die ehrenwerte Gesellschaft. Beide setzten sich schon früher für das deutsche Bewusstsein ein: Mißbach als NSDAP-Mitglied, wo er das Goldene Abzeichen erwarb und Wellems als Referent im Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Bis zu seinem Tode 1995 war der einstige Pressereferent Joseph Goebbels nicht nur SWG-Vorsitzender, sondern auch Chefredakteur des „Ostpreußenblattes“. Nach Wellems übernahm Reinhard Uhle-Wettler den Vorsitz der bundesweit arbeitenden SWG. Der Brigadegeneral a.D., der regelmäßig über das „US-amerikanische Umerziehungsprogramm für die besiegten Deutschen“ wettert, hält die Beziehungen zur Landsmannschaft Ostpreußen aufrecht, und pflegt zusätzlich die Verbindungen zur Gesellschaft für Freie Publizistik.

Neben Vortragsabenden bietet die SWG auch Seminare und Studienreisen an. Ausgewählte Zeitschriftenbeiträge und Referate veröffentlicht sie jährlich im selbst verlegten „Deutschland-Journal“. Beim letzten Wochenendseminar im Herbst 2001 setzten sie sich mit der „Stellung der Frau im 21. Jahrhundert“ auseinander. Laut Ankündigung stellte Barbara von Wulffen die „Mütterlichkeit gegen die Gespaltenheit des modernen Lebens“ vor und Klaus G. Konrad fragte „Und wer denkt an die Kinder? Aus Kindern ohne Liebe werden Erwachsene voller Hass“.

Ärger mit den Hausherren ihres Veranstaltungsort sieht Backerra derweil nicht auf sie zu kommen. Die Burschenschaft hätte sich ebenso der „Vaterlandsliebe“ verpflichtet, lässt er die Mitglieder und Förderer wissen.

Andreas Speit

NS-Vergangenheit**Weitere Prozesse****Die juristische Aufarbeitung der NS-Zeit ist noch lange nicht abgeschlossen.**

Vor einer großen Strafkammer des Hamburger Landgerichts steht zurzeit ein 93 Jahre alter Mann unter Anklage. Ihm werden 59 Morde vorgeworfen, die er vor fast 60 Jahren befohlen haben soll. Es waren Zivilisten. Sie wurden als Rache für den Anschlag auf ein Wehrmachtsskino erschossen, bei dem am 14. Mai 1944 in Genua fünf deutsche Soldaten getötet und 15 verletzt worden waren. Der Mann heißt Friedrich Engel und war zur Zeit des Verbrechens als SS-Obersturmbannführer in Genua Chef des SS-Sicherheitsdienstes (SD).

Anfang des Jahres hat der Bundesgerichtshof das Urteil des Landgerichts München gegen Anton Malloth bestätigt, der wegen Mordes im KZ Theresienstadt bei Prag zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden war. Malloth ist Anfang 90. Im kanadischen Vancouver hat die Polizei kürzlich den früheren SS-Mann Michael Seifert (78) festgenommen, der gegen Ende des Zweiten Weltkrieges in einem Gefangenenerlager im norditalienischen Bozen gemordet, gefoltert und vergewaltigt haben soll. Die italienische Justiz hat die Auslieferung Seiferts beantragt. In der NRW-Zentralstelle in Dortmund zur Ermittlung von NS-Verbrechen laufen gegenwärtig noch 13 Ermittlungsverfahren.

Die Zentrale Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg bei Stuttgart ist im Januar durch drei zusätzliche Staatsanwälte verstärkt worden, weil neue Ermittlungen eingeleitet werden mussten. „Unsere Arbeit ist noch längst nicht abgeschlossen“, sagte kürzlich der neue Leiter der Behörde, Oberstaatsanwalt Kurt Schrimm, der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ). Schrimm ist ein ausgewiesener Fachmann. Er hat 1982 in Stuttgart im Strafverfahren gegen den früheren Kommandanten des Ghettos Przemysl in Südostpolen, Josef Schwammberger, mit Erfolg „lebenslang“ durchgesetzt. Außerdem wurden in den beiden zurückliegenden Jahren gemäß seinem Antrag als Vertreter der Anklage der Majdanek-Schergen Alfons Götzfried und der Theresienstädter SS-Mann Julius Viel wegen Mordes zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Dazu Schrimm: „Wenn Sie mich vor

drei Jahren gefragt hätten, dann hätte ich mit Sicherheit gesagt: Die Zeit ist vorüber.“ Das ist sie aber eben nicht.

Schrimm ist der fünfte Leiter der Ludwigsburger Behörde, die 1958 von den Justizministern und -senatoren der Bundesländer gegründet wurde. Außer dem ersten Leiter Erwin Schüle, der wegen seiner braunen Vergangenheit bald gehen musste, haben Adalbert Rückerl, Alfred Streim, Willi Dreßen und deren Mitarbeiter viel zum Ansehen der Bundesrepublik in der Welt beigetragen. Dabei geht die juristische Aufarbeitung der NS-Zeit, wie erwähnt, weiter. Schrimm zur SZ: „Von uns aus gesehen sind theoretisch noch bis zu 20 Verfahren möglich, denn so viele offene Ermittlungsverfahren laufen derzeit noch. Aber wegen der Beweislage oder des Alters der Angeklagten ist nicht abzusehen, ob in einem dieser Fälle tatsächlich eine konkrete Anklage erhoben werden kann“.

Keine einzige Verurteilung wegen Befehlsverweigerung

Dass trotz anderslautender Prognosen noch viel zu tun ist, hat nach Schrimm mehrere Gründe. „Wir haben ... heute Zugang zu Archiven, die uns bisher leider nicht oder nur schwer zugänglich waren.“ Schrimm hat kürzlich zusammen mit einem Kollegen in Washington Archive des CIA ausgewertet. „Es gibt auch aus Osteuropa eine Fülle neuen Materials, aus dem sich durchaus noch weitere Anklagen ergeben könnten ... Tatsache ist, dass uns jetzt auch Akten aus Italien zur Verfügung stehen, von deren Existenz wir bisher gar nichts gewusst haben. In unserem Haus ist nun ein Mitarbeiter ausschließlich damit beschäftigt, diese Akten einzusehen. Möglicherweise sind hier weitere Ermittlungen erforderlich.“

Schrimm machte darauf aufmerksam, dass die Frankfurter Staatsanwaltschaft immer noch gegen Alois Brunner ermittelt, den engsten Mitarbeiter Adolf Eichmanns. „Von Brunner heißt es gerüchelt, er halte sich in Syrien auf.“

In den meisten NS-Prozessen behaupten die Angeklagten, in Befehlsnotstand gehandelt zu haben. Dazu erklärte Schrimm: „Wir haben den Befehlsnotstand gründlich untersucht ... Und nicht ein einziges Mal in 1 600 Fällen konnten wir feststellen, dass jemand, der einen verbrecherischen Befehl verweigerte, deshalb zum Tode verurteilt wurde, nicht einen einzigen.“

Heiner Lichtenstein

NS-Vergangenheit**„Raub der Musik“**

Die Nazis haben sich im großen Umfang systematisch den musikalischen Besitz der jüdischen Künstler angeeignet.

Der Raub von Kunstwerken aus jüdischem Besitz in Deutschland und den besetzten Gebieten durch die NS-Machthaber ist auf Grund von Beutekunstdebatten oder den bekannt gewordenen Restitutionsansprüchen einzelner Nachfahren im öffentlichen Bewusstsein einigermaßen präsent, wenn auch die Kölner Tagung „Museen im Zwielicht – Ankaufspolitik 1933-1945“ im vergangenen Dezember deutlich werden ließ, dass das ganze Ausmaß dieses Kunstraubes noch immer nicht gesichtet ist. Zwar hat die bahnbrechende Washingtoner Konferenz vom Dezember 1998 über Vermögensverluste infolge des Holocaust die Raubkunst-Diskussion neu entfacht, und seit der anschließenden Erklärung der Bundesregierung vom 14. Dezember 1999 sind die deutschen Museen aufgefordert, „zur Auffindung und Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes insbesondere aus jüdischem Besitz“ die Provenienzen ihrer Bestände zu prüfen. Problematische Fälle seien der neu gegründeten Koordinationsstelle für Kulturgutverluste in Magdeburg zu übergeben. Gleichwohl steht die Suche noch ganz am Anfang. Der Grund sind nicht nur die fehlenden finanziellen Mittel der Museen, sondern auch die hinhaltende bis abblockende Haltung der Museumsleute selbst.

Die Suche nach entzogenem Kulturgut betrifft allerdings nicht nur das Gebiet der Bildenden Kunst, denn die Plünderungsaktionen der NS-Machthaber waren von Anfang an auch ein „Raub der Musik“, also die Beschlagnahmung des Eigentums jüdischer Musiker und Komponisten, Musikverleger, Schallplattenfirmen, Bibliotheken, Musikgeschäfte et cetera. Er geschah ebenso systematisch wie der Kunstraub, von den damit beauftragten Musikwissenschaftlern zum Teil als Forschungsarbeit getarnt. Der Verbleib dieses geraubten Kulturgutes ist noch ungeklärt und schwerer zu verfolgen als der des in den Netzen von Kunsthandel und Museen umgeschichteten Gutes. Mit der Veröffentlichung „Sonderstab Musik – Organisierte Plünderungen in Westeuropa 1940 – 1945“ hat der niederländische Autor Willem de Vries das Ausmaß dieser Raubzüge nachgezeichnet. Der Kölner Dittrich Verlag

brachte es 1998 in deutscher Übersetzung heraus und legte im folgenden Jahr mit „Ausgemerzt! Das Lexikon der Juden in der Musik und seine mörderischen Folgen“ der Musikwissenschaftlerin Eva Weissweiler ein weiteres Werk zur Aufarbeitung der NS-Musikpolitik und NS-Musikwissenschaft vor.

Dass die deutsche Musikwissenschaft nach 1945 politisch mehr als zurückhaltend war und ihre antisemitische Vergangenheit nicht aufarbeiten wollte, ist vielfältig zu belegen. Verräterisch ist die Eintragung in Riemanns Musiklexikon von 1961 über die Pianistin und Cembalistin Wanda Landowska: „In St-Leu-la-Forêt richtete sie eine Ecole de Musique Ancienne ein, die sie 1940 samt ihrer Sammlung alter Instrumente, vor den einmarschierenden deutschen Truppen flüchtend, aufgab. Ab 1940 war sie in den USA...“. Die Wahrheit ist, dass der Leiter des Sonderstabes Musik im Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, der Musikwissenschaftler Herbert Gerigk, von Landowskas wertvoller Sammlung wusste. Nach Landowskas Flucht rückte Gerigk mit seinem Stab zur Plünderung an – in 14-tägiger Arbeit wurden eine Musikbibliothek von 10 000 seltenen und wertvollen Bänden sowie eine Sammlung historischer Instrumente inventarisiert, zerlegt und in 54 Kisten für den Transport verpackt. Die Kisten gingen im Oktober 1940 nach Berlin in die Oranienburgerstraße, von da folgte eine Odyssee über Leipzig – Oberschlesien – Bayern. Die Bibliothek wurde von der Russischen Armee beschlagnahmt, die Spur der Instrumente verliert sich.

■ **„Rückführung deutschen Kulturgutes“** ■

Grundlage für diesen Raubzug Gerigks war die Maxime, dass es sich hier um „herrenloses Gut der jüdischen polnischen Staatsangehörigen Pianistin Wanda Landowska“ handle: Eine prompte Ausführung des Führerbefehls nach der Besetzung der westeuropäischen Länder, wonach Kulturgüter in jüdischem Besitz aufzuspüren und nach Vertreibung ihrer Eigentümer als nun „herrenloses Gut“ zu konfiszieren seien. Die Plünderungen seines Stabes verbrämte Gerigk zudem als musikwissenschaftliche Forschungsarbeit und Rückführung deutschen Kulturgutes. Seinen Mitarbeiter Wolfgang Boetticher wies Gerigk an, zur „Feststellung der in öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken vorhandenen Musikhandschriften und Musikdrucke ... Laut Führerbefehl haben Sie alle musikalischen Dokumente einschließlich Musikinstrumente aus jüdischem Pri-

vatbesitz sofort vor der Vernichtung, Beschädigung oder Verschleppung sicherzustellen“. Der riesigen Beschlagnahmungsaktion des Sonderstabes Musik, seit 1942 unter dem verharmlosenden Namen „Aktion ‘M’“ (M steht für Möbel) durchgeführt, fielen zwischen 1940 und 1945 Musikalien, Handschriften, Partituren, Instrumente aller Art zum Opfer. Zwei Eisenbahnzüge verließen pro Woche Paris, nach 1943 waren es drei oder rund 200 Flügel und Klaviere pro Monat. Den Raub von wertvollen Handschriften in französischen Bibliotheken gab Gerigk obendrein als „Kunstschutz“ und „Verpflichtung unserer Kultur gegenüber“ aus, da die französischen Magazine in einem „verwahrlosten Zustand“ angetroffen worden seien, „Hunderte von deutschen Handschriften unkatalogisiert“ waren – so als habe eine moralische Pflicht zum Diebstahl bestanden.

■ „Zersetzungskeime im Musikunterricht eingepflanzt“ ■

Seit 1933 hatte Alfred Rosenberg die systematische Entfernung jüdischer Musiker und Komponisten aus dem Berufsleben eingeleitet, von 1934 an sorgte die Reichsmusikkammer durch Anwendung des Arierparagrafen für ihren radikalen Ausschluss. Um eine etwa noch verbliebene „Verseuchung deutscher Musikkultur“ zu bekämpfen, begann Gerigk 1939 ein Verzeichnis jüdischer Musiker und Komponisten zusammenzustellen, das 1940 als „Lexikon der Juden in der Musik“ veröffentlicht wurde. Zwar sei „die Reinigung unseres Kultur- und damit auch unseres Musiklebens von allen jüdischen Elementen erfolgt“, wie Gerigk im Vorwort feststellt. „Klare gesetzliche Regelungen gewährleisten in Großdeutschland, dass der Jude auf den künstlerischen Gebieten weder als Ausübender noch als Erzeuger von Werken ... öffentlich tätig werden darf.“ Aber doch sei noch eine „Handhabe zur schnellsten Ausmerzungen aller irrtümlich verbliebenen Reste“ nötig. Indem er dem Lexikon ein „Titelverzeichnis jüdischer Werke“ anschloss, sei nun jene „unbedingte Sicherheit“ gegeben, „die hinsichtlich der Judenfrage gefordert werden muss“.

Der Dittrich-Verlag hat das „Lexikon“ in Eva Weissweilers Buch „Ausgemerzt!“ im Faksimile abgedruckt. In ihren ausführlichen Recherchen zur Entstehung „eines der niederdrückendsten Erzeugnisse nationalsozialistischen Verfolgungswahns“ (S. 8) hat Weissweiler die Spuren der im Lexikon verzeichneten Musikerinnen und Musiker verfolgt und konnte nachweisen, dass mit dieser Veröffentli-

chung nicht nur die Musikerprominenz, sondern gerade die breite Basis der Musiklehrer getroffen wurde. Gerigk hatte es besonders auf die Musiklehrer abgesehen und verfolgte auch noch „Mischlinge“ ersten und zweiten Grades, da der Musikunterricht mehr als jeder andere Gelegenheit biete, „Zersetzungskeime einzupflanzen“. Fanatisch forschte er nach weiteren Ergänzungen und forderte seine Leser zur Mitarbeit auf (die er auch erhielt).

Die Einträge des Lexikons enthalten eine Kurzbiographie und das Arbeitsgebiet lebender jüdischer Künstler: Eine klare Information im Dienst einer rassistischen Personalpolitik. Daneben gibt es längere Einträge zu Musikern und Komponisten, auch nicht mehr lebenden, die von einer eindeutig propagandistischen Absicht getragen sind. In grob diskriminierender Sprache und einem engen Charakterisierungsschema werden etwa die „zersetzenden Tendenzen“ bei Offenbach gegeißelt, ist Meyerbeer der „skrupellose Geschäftsjude“, der Dirigent Otto Klemperer würdige die Kroll-Oper „zur jüdisch-marxistischen Experimentierbühne“ herab, Schönberg setze „an Stelle unserer aus dem Dreiklang abgeleiteten abendländischen Harmonik ... sein rabulistisch ausgeklügeltes Missklangssystem“ in Kurt Weills Bühnenwerken zeige sich „hemmungslos die jüdisch-anarchistische Tendenz“, der Konzertdirektor Wolff ver helfe „jüdischen Künstlern zum Weltruhm“ und beute arische aus.

Herbert Gerigk dankt im Vorwort des Lexikons Wolfgang Boetticher für „wertvolle Mitarbeit“. Beide blieben nach 1945 unangefochten, Gerigk arbeitete als Musikkritiker für die „Ruhrnachrichten“ in Dortmund, Boetticher an der Universität Göttingen, seit 1957 als Professor für Musik. Biographien wurden verschwiegen, mit Leerstellen versehen, verharmlost. Den „mörderischen Folgen“ des Lexikons aber hat Eva Weissweiler nachgeforscht und die Kurzbiographien zu Ende geschrieben. Dem Faksimile des „Lexikons der Juden in der Musik“ schließt sie eine Liste von 252 Musikern an, nun mit dem Nachtrag „verschollen in Riga“ – „Selbstmord“ – „für tot erklärt in Sobibor“ – „Alterstransport nach Theresienstadt, verschollen in Auschwitz“.

Heidrun Meier-Ewert

Willem de Vries, Sonderstab Musik – Organisierte Plünderungen in Westeuropa 1940 – 1945. Vorwort von Fred K. Prieberg, Dittrich-Verlag, Köln, 380 Seiten, 25,- EUR.

Eva Weissweiler, Ausgemerzt! Das Lexikon der Juden in der Musik und seine mörderischen Folgen, Dittrich-Verlag, 444 Seiten, 30,- EUR.

Dokumentation

Deutscher Bundestag – Rechtsextremismus im Jahr 2001

Wie auch in den Vorjahren dokumentieren wir nachstehend die parlamentarischen Aktivitäten für das Jahr 2001 (vgl. dazu auch BNR 1/96, <1995>, 2/97 <1996>, 12/98 <1997>, 4/99 <1998>, 12/00 <1999> und 15/2001 <2000>).

Thema	Antragsteller	Drucks.-Nr.
Verhinderung von Anschlägen auf Synagogen durch Ausländer	J. Singhammer, CDU/CSU	14/5051
Rückgabe von Vermögen der in der SBZ enteigneten Widerstandsthema	C. Sonntag-Wolgast, BMI	14/5091
Wiederbelebung von NS-Gedankengut	E. Schmidt-Jortzig, FDP, u. FDP-Fraktion	14/5127
Opfer rechtsextremer Gewalt – Entschädigung	E. Kenzler, PDS u. PDS-Frakt.	14/5200
Opfer rechtsext. Gewalt – Haushaltsmittel – Behandlung	J. Gehb, CDU/CSU	14/5206
Opfer linksext. Gewalt	E. Pick, BMJ	
Ausländerfeindl. u. rechtsext. Ausschreitungen	N. Barthle, CDU/CSU	
Januar 2001	E. Pick, BMJ	14/5291
Februar 2001	U. Jelpke, PDS	14/5487
März 2001		14/5846
April 2001		14/6081
Mai 2001		14/6267
Juni 2001		14/6564
Juli 2001		14/6790
August 2001		14/6899
September 2001		14/7049
Oktober 2001		14/7397
November 2001		14/7762
Dezember 2001		14/7991
Entschädigung für Gewaltopfer	A. Volquartz, CDU/CSU	14/5280
Jugendpolitik, u.a. Bekämpf. Rechtsext. unter Jugendl.	E. Pick, BMJ	
Kriterien für die Erfassung rechtsextremer Gewalt- und Straftaten – Nachfr. zu BT.-Drs. 14/5032	K. Griese, H. Wester, SPD	14/5284
Verb.d.ehem.Ges.f.Sport u. Technik d. DDR zu Rechtsext.	U. Jelpke, PDS	14/5397
Rechtsextremismus und Antisemitismus im Internet	A. Marquardt, PDS	14/5343
Einkesselung von Demonstrationen gegen Rechtsext. in den letzten Jahren	U. Jelpke, PDS	14/5359
Gegen Rechtsext., Fremdenfeindl., Antisemit. u. Gewalt	U. Jelpke, PDS	14/5416
Rechtsextreme Aktivitäten in Osteuropa	Faktionen der SPD, B90/Gr., FDP, PDS	14/5456
Terrorismusbekämpfung – Verfahren n. §§ 129, 129 a StGB 1996-2000	U. Jelpke, PDS	14/5420
Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus	U. Jelpke, PDS	14/5522
Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus in der Bundeswehr	L. Friedrich, SPD	14/4884
Bericht des Wehrbeauftragten	Wehrbeauftr.d.BT	PIPr14/155
	W. Penner;	14/5400
	W.Kolbow,BMVg	PIPr14/173
	U. Göllner, SPD, u.a.	14/201
Opfer rechtsextremer Gewalt seit 1990	A. Feibel, CDU/CSU	14/5500
	R. Körper, BMI	PIPr14/157
	D. Wiefelspütz, SPD u.a.	14/4754
VersammlungsG – Wirksamkeit des Versammlungsrechts gegen Rechtsextremismus		PIPr14/159
Bekämpf. d. Rechtsextremismus zur Wahrung des Ansehens Deutschlands	B. Irber, SPD,	14/2473
Wirksamkeit der Finanzmittel zur Bekämp. d. Rechtsext.	Aussch.f.Tourismus	14/5432
Öffentlichkeitsarb.d.B.Reg/Rechtsextremismus	S. Jünger, PDS	14/5688
	G. Uldall, CDU/CSU u.a.	14/5637
	R. Körper, BMI	PIPr14/160

Thema	Antragsteller	Drucks.-Nr.
Rechtsextremismus Rechtsext. in den Nachbarländern Rechtsextremismus im Internet	S. Edathy, SPD u.a. C. Hanewinkel, SPD S. Pick, BMJ, O. Schily, BMI	14/5456 PIPr14/162
NS-Vergangenheit u. Kriegsofferrente	K. Rose, CDU/CSU G. Andres, BMA	14/5724 PIPr14/163
Stiftung „Erinnerung, Verantwort. u. Zukunft – Wiedergutm. NS-Unrecht Rechtsext. u. fremdenf. Vorfälle in der Bundeswehr	Frakt. d. SPD, CDU/CSU, B90/GR, FDP E. Marschewski, CDU/CSU W. Kolbow, BMVg	14/5787 14/5898
Maßnahmen gegen Missbrauch des Internet durch Rechtsextremisten Zunahme rechtsext. Straftaten – Mittel des Strafrechts	C. Ostrowski, PDS C. Sonntag-Wolgast, BMI S. Helias, CDU/CSU C. Sonntag-Wolgast, BMI	14/5898 14/5898 14/5898
„Betreuung“ von Gefangenen durch rechtsextreme Organisationen NPD, Wahlbündnisse in den letzten 15 Jahren Neonazizentrum Sangershausen NPD-Verfahren, V-Leute Umsetzung des „Aussteigerprogramms“ in Thüringen, NPD – Rolle des thür. Vors. Deutsche Söldner in der rechtsext. Szene VVN-Bund d. Antifaschisten – Bewertung durch das BfV Rechtsext. motivierte Tötungsdelikte Jan. bis Mai 2001 Rechtsext. Skinheadmusik im Jahr 2000 Rechtsext. Tendenzen in der Burschenschaft Danubia und anderen Burschenschaften Antisemitische Straftaten 2001	U. Jelpke, PDS U. Jelpke, PDS C. Hübner, PDS C. Hübner, U. Jelpke, PDS C. Hübner, U. Jelpke, PDS C. Hübner, U. Jelpke, PDS U. Jelpke, PDS U. Jelpke, PDS U. Jelpke, PDS U. Jelpke, PDS	14/5949 14/5967 14/6021 14/6238 14/6239 14/6205 14/6386 14/6389 14/6288 14/6401 14/6631
1. Quartal		14/6132
2. Quartal		14/6604
3. Quartal	U. Jelpke, PDS	14/4248
4. Quartal		14/7790
Rehabilitierung u. Entschädigung d. durch den NS verfolgten Homosexuellen Bundesmittel z. Entschädigung von Opfern rechtsextremer Übergriffe Tötung von Obdachlosen durch Rechtsextremisten und deren Erfassung Aktionsprogramm „Jugend f. Demokratie und Toleranz“ – Umsetzungsstand Schutz und Unterstützung für Opfer rechtsext. Gewalt Entschädigung für Opfer rechtsextrem. Gewalt	C. Schenk, PDS A. Feibel, CDU/CSU E. Pick, BMJ U. Jelpke, PDS S. Jünger, PDS U. Jelpke, PDS A. Feibel, CDU/CSU E. Pick, BMJ U. Jelpke, PDS	14/6614 14/6720 14/6870 14/6876 14/6934 14/6942 14/6976
Studie zur Verbreitung rechtsextremen Denkens Nachfolgestudie Bundeshaushalt 2002 – Maßnahmen gegen Rechtsextremismus	P. Pau, PDS, u.a.	BR 450/01 PIPr 14/189 14/190
Rechtsextrem. im öffentl. Dienst (BMVg, BMBW) NS-Vergangenheit führender Beamter des Bundeskriminalamts Beurt. des Witikobundes u. -briefes (vgl. Drs. 13/1461; 1483; 3020) Int. Treffen von Rechtsext. auf dem Ulrichsberg	U. Jelpke, PDS U. Jelpke, PDS U. Jelpke, PDS U. Jelpke, C. Hübner, PDS	14/7051 14/7520 14/7560 14/7690
Behandlung des Linksext. u. Rechtsext. im Rahmen der politischen Bildung der Bundeswehr Rechtsextremismus im Umfeld der Schill-Partei Aktuelle Tendenzen beim „Studienz. Weikersheim“ Umsetzung des BT-Beschl. v. 7.12.00 z. Rehabil. und Entschädigung der NS-Opfer der Homosexuellenverfolg.	T. Kossendey, CDU/CSU B. Schulte, , BMVg U. Jelpke, PDS U. Jelpke, PDS C. Schenk, PDS	14/7710 14/7772 14/7931 14/7919
Die vorstehende Zusammenstellung beruht auf dem DIP – Dokumentations- und Informationssystem für Parla- mentarische Vorgänge, die dankenswerterweise vom Deutschen Bundestag, Referat Sach- und Sprechregister, und vom Bundesrat, Arbeitsbereich Dokumentation, zur Verfügung gestellt wurde. <i>Bearbeiter: Klaus-Henning Rosen</i>		

Bücherschau**Solidarität ausweiten**

Eine allgemein verständliche wie wissenschaftliche Einführung zum Rechtsextremismus liefern will der Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge mit seinem schlicht „Rechtsextremismus“ betitelten Band. Im Unterschied zu anderen Überblicksdarstellungen zum Thema legt er nicht den Schwerpunkt auf den organisierten Rechtsextremismus, sondern widmet sich Erklärungsansätzen, Gegenstrategien und Ideologien.

Zunächst geht Butterwegge allerdings auf Begrifflichkeiten und theoretische Grundlagen ein, wobei Bezeichnungen wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Rechtsextremismus und Neofaschismus definiert werden. Dem folgt ein umfangreicher Teil über Erscheinungsformen, Bestandteile und Handlungsfelder des Rechtsextremismus mit Ausführungen zu ideologischen Besonderheiten, Parteien und Organisationen sowie den Gewalttaten. In Form eines Exkurses findet sich danach ein Abschnitt über den Rechtsextremismus vor und nach der Vereinigung in Ostdeutschland. Dem schließt sich eine Darstellung und Kritik von Erklärungsansätzen für das Entstehen von Rechtsextremismus an, wobei Butterwegge davon ausgeht, dass viele Autoren dies als Randgruppenproblem ansehen und die gesamtgesellschaftliche Dimension außen vor lassen. Letztere stellt er in seinem eigenen Erklärungsansatz ins Zentrum, sieht der Politologe doch in kapitalistischen Konkurrenzverhältnissen und einer besonderen politischen Kultur die Schlüsselfaktoren zur Erklärung des gegenwärtigen Rechtsextremismus. Den Schluss bilden Ausführungen zu Gegenstrategien, dabei wird auf die staatliche Repression als Maßnahme wie auf die Neuorientierung politischer Bildung eingegangen.

In der Bewahrung des Sozialstaats und der Ausweitung gesellschaftlicher Solidarität sieht Butterwegge besonders wichtige Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, seinem Erklärungsmodell entsprechend, welches „die folgenden Faktoren für (Standort-)Nationalismus, Rassismus und rechte Gewalt verantwortlich macht: die Konkurrenz als Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die Globalisierung, präziser: die neoliberale Modernisierung nicht nur des Wohlfahrtsstaates, sondern fast aller Bereiche der Gesellschaft sowie bestimmte Erblasten der politischen Kultur (S. 120).

Butterwegges Buch hebt sich von anderen Einführungstexten durch die Darstellung der Forschung zu den unterschiedlichen Aspekten ab, wobei der Leser einen Überblick zu den damit verbundenen Kontroversen erhält. Hierbei trägt der Autor beachtenswerte Argumente zur Kritik vor, etwa gegenüber den weit verbreiteten Auffassungen, wonach Rechtsextremismus nur Ausdruck von gesellschaftlicher Desintegration und eines dadurch bedingten Protestes sei. Indessen behandelt er nicht alle Ansätze fair: Die Extremismustheorie geht entgegen seiner Darstellung keineswegs von einer Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus aus. Sie muss auch nicht notwendigerweise gesamtgesellschaftliche Bedingungsfaktoren für Rechtsextremismus ignorieren.

Kritische Beachtung verdient auch Butterwegges Erklärungsansatz, der auf den Zusammenhang von Neoliberalismus und Sozialstaatsabbau einerseits und Rassismus und Rechtsextremismus andererseits verweist. Hier stellt sich allerdings die Frage nach einer genauen Bestimmung dieses Verhältnisses: Bewirkt Ersteres in einem gewissen Maße Letzteres? Oder soll eine Gleichsetzung vorgenommen werden? In diesem Fall müssten aber auch grundlegende Widersprüche zwischen Neoliberalismus und Rechtsextremismus erläutert werden. Etwas dünn geraten sind die Ausführungen über den organisierten Rechtsextremismus, knapp zwei Seiten zu den neonazistischen Kameradschaften. Gleichwohl verdient Butterwegges Darstellung Interesse, insbesondere hinsichtlich der Ausführungen zu den kritisierten Erklärungsansätzen und den gesamtgesellschaftlichen Ursachen. Die Diskussion der formulierten Ausführungen kann die Analyse und Forschung weiter anregen. *Armin Pfahl-Traugher*
Christoph Butterwegge unter Mitarbeit von Lüder Meier, Rechtsextremismus, Freiburg 2002 (Herder-Verlag), 191 Seiten, 9,90 EUR.

Hinweis

Ludwigsburg – Im Staatsarchiv Ludwigsburg, Arsenalplatz 3, ist bis zum 12. Juli eine Ausstellung zur Deportation und Vernichtung badischer und württembergischer Juden zu sehen. Erarbeitet haben die Präsentation die Ludwigsburger Außenstelle des Bundesarchivs, das Staatsarchiv und das Ludwigsburger Stadtarchiv. Nachgezeichnet wird der Genozid an den Juden, von der systematischen Ausgrenzung bis zur Exekution am Massengrab. Mit Bild zu sehen sind auch die Kriegsverbrecher Franz Stahlecker, Kurt Franz und Rudolf Lange.

Meldungen**Inland**

■ **Bad Soden-Salmünster** – Die aktuelle Ausgabe der stramm rechten „Deutschen Militärzeitschrift“ (DMZ) attackiert heftig die so genannte Wehrmachtsausstellung. Deren Ziel sei es, „die Wehrmacht wegen ihres Verhaltens im Russlandfeldzug als eine verbrecherische Organisation zu stigmatisieren.“ In dem Artikel „Und es wird weiter dogmatisiert! ‘Wehrmachtsausstellung’ im neuen Gewand“, wird abgestritten, dass 3,3 Millionen sowjetische Gefangene in deutscher Gefangenschaft umgekommen sind. „Lediglich“ 1,78 Millionen Sowjetsoldaten seien vermisst, beziehungsweise in deutscher Kriegsgefangenschaft umgekommen. Das Fazit lautet: „Der objektive Nachweis, dass die Wehrmacht eine verbrecherische Organisation war, ist ... auch im zweiten Anlauf nicht gelungen.“ Verfasser des Beitrags ist der Historiker Walter Post (Jg. 1954), zeitweiliger Lehrbeauftragter an der Universität München sowie Referent bei zahlreichen rechtsextremen Organisationen. Autoren der DMZ sind unter anderem die Rechtsextremisten Claus Nordbruch, Wolfgang Strauss und Emil Schlee. Anzeigen schaltet die revisionistische Verlagsgemeinschaft Grabert/Hohenrain.

■ **Bochum** – Der Arbeitskreis Jugend und Politik der rechtsextremen antisemitischen „Unabhängigen Nachrichten“ ruft „deutschsprachige Schüler und Studenten sowie Gemeinschaftsarbeiten von Klassen, Kursen und Projektgruppen im In- und Ausland“ auf, eine Studie über das Thema „Israel und das Völkerrecht“ auszuarbeiten: „Ermitteln Sie alle an beziehungsweise gegen Israel gerichteten UNO-Resolutionen sowie die Beschlüsse des Welticherheitsrates und der UNO-Menschenrechtskommission seit 1948 bis heute ... dokumentieren Sie die Ergebnisse und subsumieren Sie die durch ihre Arbeit gewonnenen Erkenntnisse.“ Diese „Ausarbeitungen“ sollen dann von Pädagogen bewertet werden, heißt es. Als Preis winken drei Mal 100 Euro. Domaininhaber der UN und des Ablegers „www.AufdemStundenplan.de“ ist Mario Klostermann. Nach Angaben der HNG-Nachrichten soll Klostermann der NPD und den JN angehören.

■ **Eisenach** – Das rechtsextreme „Deutsche Kolleg“ (DK) will am 15. und 16. Juni „in unmittelbarer Umgebung“ der Wartburg (Eisenach) „dem Deutschen Volk den Plan für seinen demnächst zu

unternehmenden Aufstand zur Herstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches vorstellen.“ Das sich selbst als „Denkorgan des Deutschen Reiches“ verstehende DK wurde im Dezember 1994 in Berlin „als Nachfolgeeinrichtung des ehemaligen Leserkreises der ‘Jungen Freiheit’“ gegründet (Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg). Maßgebliche Betreiber des DK sind Horst Mahler, Uwe Meenen und Reinhold Oberlercher. Die geplante Veranstaltung Mitte Juni „steht dem ganzen Deutschen Volke offen!“.

■ **Ketzin** – Verschwörungstheorien pur finden sich auf der „Informationsseite der Araber in Deutschland“ (www.arabmail.de). Demnach bezahlen die „USA alle ihre Rechnungen mit Falschgeld.“ Da diese „böse Tat nicht in alle Ewigkeit geheimgehalten“ werden konnte, musste eine Eingebung „herbeigezaubert“ werden: Osama Bin Laden. „Dieser Name zauberte in die Köpfe der meisten Menschen die Einsicht: Ein Krieg muss her.“ Nun könne sich das „Finanz-Karussell wieder neu zu drehen“ beginnen. Autor des mit „Das letzte Weihnachtsfest der US-Ostküste“ betitelten Beitrags ist Klaus Weichhaus (Jg. 1948) aus Ketzin bei Potsdam. Weichhaus gehört zu den Erstunterzeichnern der NPD-Unterschriftensammlung „Ja zu Deutschland, ja zur NPD“ und gilt als Gefolgsmann von Horst Mahler. In einem Schreiben vom 18. Mai an den Bündnisgrünen-Parlamentarier Werner Schulz orakelt er über die „Federal Reserve Bank“, die sich in der Hand des „internationalen Finanzjudentums“ oder auch „US-Ostküste“ genannt befinde.

■ **Solingen** – „Die Schlapphutfaffäre – Als V-Mann auf NPD-Führungsebene – Erfahrungen, Erlebnisse 1959 bis 1995“ lautet ein 14 Seiten umfassender Bericht, den der zwischenzeitlich aus der NPD ausgeschlossene langjährige NPD-Spitzenfunktionär und Wolfgang Frenz (alias „de Philipp“, „Stremme“, „Ch. Morgenduft“) interessierten Kameraden überreicht hat. Frenz (Jg. 1936), der seine braune Karriere 1957 mit dem Eintritt in die Deutsche Reichspartei startete und von 1978 bis 1999 als stellvertretender Vorsitzender des NPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen sowie von 1995 bis 1998 als Beisitzer des NPD-Bundesvorstand amtierte, will in dem Papier aufzeigen, wie die rechtsextreme Szene in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten den Unterwanderungsversuchen durch diverse staatliche Stellen mit eigenen Mitteln zu begegnen versucht. Der als Verfassungsschutzinformant bekannt gewordene Frenz schließt mit den Worten: „Ich habe mich immer als Parteisoldat verstanden, der für die

Partei Kontakte zum Verfassungsschutz unterhielt. Keinen meiner Freunde und Bekannten habe ich verraten“.

■ **Tübingen** – Nachdem der „Junge Freiheit“-Autor Claus Wolfschlag mit seinem Band „Das antisfaschistische Milieu“ eine Art akademische Anti-Antifa-Arbeit vorgelegt hat, wobei er sich in seiner Dissertation ausgiebig auf rechtsextreme Quellen und Aktivisten stützt, hat jetzt der Grabert-Verlag unter dem Titel „Antifa heißt Gewalt. Autorenkollektiv gegen Totalitarismus“ einen Band für die schlichteren Gemüter herausgegeben. Der Antifaschismus, so die Verfasser, sei das entscheidende Hindernis für eine funktionierende rechtsstaatliche Staatsform in Deutschland.

Ausland

■ **Österreich (Perchtoldsdorf)** – In Perchtoldsdorf bei Wien haben die „6. Internationalen Schiller-Gespräche“ stattgefunden. Internationale Präsidentin des Schiller-Instituts ist Helga Zepp LaRouche, Bundesvorsitzende der obskuren Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo). Die Veranstaltung zum Thema „Klassische Erziehung“ wurde unter anderem von der Universität Wien und der österreichischen Regierung gesponsert. Eigenangaben des Schiller Instituts zufolge sollen auch Vertreter der UNESCO daran teilgenommen haben. In rechtsextremen Kreisen wird inzwischen vor dem LaRouche-Netzwerk gewarnt. Die Deutschland-Bewegung beklagte unter anderem, dass auf „nationalen“ Homepages Links zu LaRouche-Organisationen bestehen würden. Die „LaRouche-Missionare“ seien jedoch „keine Mitstreiter“: „Sie wollen nichts einbringen, nutzen jedoch unsere Kontakte, blockieren unsere Kräfte und säen Zwietracht im patriotischen Lager.“

■ **USA (Hillsboro)** – Der US-amerikanische White Power-Musikproduzent „Resistance Records“, der zum Imperium der größten und aktivsten Neonazi-Organisation in den USA, der National Alliance gehört, bietet neuerdings ein Computerspiel namens „Ethnic Cleansing“ an. Der Spieler, der sich in der virtuellen Welt als Ku Klux Klan-Mann oder Skinhead einkleiden kann, soll möglichst viele „Untermenschen (Schwarze und Lateinamerikaner“) und deren „Führer“, die Juden, töten. Am Ende des Spiels wird dann der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon erschossen. Geschäftsführer von „Resistance Records“ ist Erich Gliebe, Sohn eines Wehrmachts-Veteranen.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 9
Heft 12-2002 Abo 401917
Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

■ **Schweiz (Freiburg)** – Das Strafgericht des freiburgischen Bezirks Veveyse hat Haftstrafen gegen die Holocaust-Leugner Gaston-Armand Amaudruz, Philippe Brennenstuhl und Rene-Louis Berclaz ausgesprochen. Die Angeklagten wurden der Rassendiskriminierung für schuldig befunden. Mit der Publikation diverser Schriften hätten sie gegen das Antirassismus-Gesetz verstoßen. Amaudruz sowie Brennenstuhl müssen für drei Monate ins Gefängnis, Berclaz acht Monate. Brennenstuhl und Berclaz sind Gründungsmitglieder der 1999 ins Leben gerufenen revisionistischen Gesellschaft Verité et Justice. Amaudruz und Berclaz waren in Abwesenheit verurteilt worden.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bvr.de
Internet: <http://www.bvr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

OPS GmbH, Berlin

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

SEB AG, BLZ: 100 101 11, Konto-Nr.: 192 110 790 0
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.